



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 02.11.2015

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 19.10.2015, 16:00 Uhr bis 18:20 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer-Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Franz Philippi	SPD
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Stephan Pohl	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Wolfram Baentsch	Alternative für Deutschland
Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU

Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Reinhold Goss	Stadtschulpflegschaft Köln
Frau Beate Habets	Evangelische Kirche

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Manuela Laukat	Stadtschulpflegschaft Köln
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE

Beratende Mitglieder

Herr Bodo Busch	Arbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Ebru Coban	Integrationsrat
Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Gregor Berghausen	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Frau Utta Brauweiler-Fuhr	Evangelische Kirche
Frau Dirim Su Derventli	BezirksschülerInnenvertretung
Frau Lena Göwecke	BezirksschülerInnenvertretung
Frau Bettina Levy	Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Dr. Zülfükar Genc	Integrationsrat

Zu Beginn der Sitzung stellt Frau Glauner im Namen der Eltern der **Gemeinschaftsgrundschule Diesterwegstraße** die **Situation der Offenen Ganztagschule** dar: Vor 1,5 Jahren hat man beschlossen, die Schule dreizügig zu machen. Die Ganztagschule wurde in die mobilen Einheiten auf dem Gelände der Realschule verlegt. In Folge einer fehlenden Bau- und Nutzungsgenehmigung war es dort bisher nicht möglich, Toilettenanlagen, eine Mensa oder eine Küche einzurichten. Es gibt bisher kein Wasser in den Räumen. Die Eltern bitten um kurzfristige Behebung dieser Mängel.

Frau Dr. Klein verweist zunächst auf die Beantwortung der Anfrage unter TOP 2.2.1, worin erklärt wird, dass die Baugenehmigung mittlerweile vorliegt, sodass nun eine kurzfristige Umsetzung der geplanten Arbeiten möglich ist.

Herr Konrads ergänzt, dass die Toiletten in die Zwischenräume der mehrgeschossigen mobilen Einheit eingebaut werden sollen und dass jeder Klassenraum ein Handwaschbecken erhält. Die Außentoiletten der Realschule können mitbenutzt werden. Der Chemiecontainer wird zu einem Küchencontainer umgebaut.

Frau Glauner antwortet, dass die Toiletten der Realschule von der Größe her nicht für die Schüler/innen der Grundschule geeignet sind und dass besonders die Mädchen Angst haben, über den Schulhof auf die Toiletten der großen Schülerinnen zu gehen.

Frau Volmer, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, erklärt, dass die Gebäudewirtschaft relativ kurzfristig Toilettencontainer auf dem Gelände der Grundschule aufstellen könne, sofern sie einen Auftrag dazu von der Schulverwaltung bekäme. Verzögerungen seien entstanden, weil die Energieeinsparverordnung eingehalten werden musste und weil nicht klar war, ob man die Baugenehmigung erhält.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, regt an, dass die Eltern in der nächsten Sitzung über den Sachstand vor Ort berichten.

Herr Dr. Schlieben eröffnet die Sitzung mit einer Erklärung, dass die Mitglieder des Schulausschusses, sowie die Vertreter der Schulaufsicht und der Verwaltung das Attentat auf die mittlerweile gewählte neue Oberbürgermeisterin Frau Reker und 5 ehrenamtlich tätige Helfer/innen verurteilen. Herr Dr. Schlieben fordert zu einem wehrhaften Verteidigen der demokratischen Werte auf. Fremdenfeindlichem Hass müsse schon in jungen Jahren aktiv entgegengetreten werden.

Man werde Frau Reker und den anderen Betroffenen eine Grußbotschaft und ein Präsent mit den besten Wünschen zur Genesung zusenden.

Frau Dr. Klein schließt sich im Namen der Verwaltung an.

Die Verwaltung erinnert nochmals an die **Einladung zur Besichtigung der TAS** am Dienstag, dem 10.11. ab 16 Uhr, welche Herr Bernecker per E-Mail vom 01.10. an alle Mitglieder versandt hat.

Herr Dr. Schlieben schlägt vor, dass man im nächsten Jahr eine Ausschusssitzung vor Ort durchführt, wenn dies möglich ist.

Zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie folgt **ergänzt**:

-Die Anfragen unter TOP 2.1.2, sowie die Beantwortung der Anfrage unter TOP 2.2.1 (als **Tischvorlage**) und die neue Anfrage unter TOP 2.2.2 ,

-die Vorlage unter TOP 4.2 bis 4.5 (letztere als **Tischvorlage**) , sowie

-die Mitteilungen unter TOP 5.2 bis TOP 5.5 (die beiden letzten als **Tischvorlage**).

Herr Dr. Schlieben schlägt vor, TOP 2.2.2 mit TOP 4.3 zusammen zu behandeln, weil sie sich inhaltlich mit der gleichen Thematik befassen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, meldet für die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.5 Beratungsbedarf an und beantragt für beide Zurückstellung und Wiedervorlage zum nächsten Sitzungslauf. Zu TOP 4.1 möchte man Fragen an die Verwaltung stellen, die bis dahin beantwortet werden sollen.

Frau Dr. Klein weist auf die Dringlichkeit beider Vorlagen hin und **bittet eindringlich um Beschlussfassungen noch in diesem Jahr, spätestens zur Ratssitzung im Dezember.**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bezweifelt, dass durch eine spätere Planung zwangsläufig Zeitverzögerungen eintreten müssen und führt zu seinem Antrag aus, dass seine Fraktion eine nachvollziehbare Prioritätenliste für alle Schulbaumaßnahmen wünscht, damit man auf der Grundlage der vorhandenen personellen Kapazitäten in der Verwaltung entscheiden könne, welche Projekte zunächst zurückgestellt werden können.

Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, kann die Verknüpfung der Forderung nach einer Prioritätenliste mit dem konkreten Projekt unter TOP 4.1 nicht nachvollziehen: Anregungen könnten auch in der zu beschließenden Planungsphase noch eingebracht werden. Fragen zum Baubeschluss könnten auch noch im Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft geklärt werden. Sie wäre dafür, die beiden Vorlagen ggfs. ohne eigenes Votum in den weiteren Beratungslauf zu geben.

Frau Dr. Klein warnt davor, alle Beschlüsse zurückzustellen und in eine Diskussion um die Prioritäten einzutreten. Die Schulbaumaßnahmen können nicht nach personellen Ressourcen ausgerichtet werden, sondern sie ergeben sich aus dem Bedarf in den Schulen und aus dem Zuwachs der Bevölkerung.

Herr Thelen erklärt, dass die Schaffung neuer Schulplätze nach seiner Meinung Vorrang habe vor der Erweiterung von Turnhallen, durch welche kein neuer Schulplatz geschaffen werde. Diese grundsätzliche Frage sei zunächst zu klären, bevor weitere Planungen dieser Art wie Ganztags- und Inklusionserweiterung in Auftrag gegeben werden.

Herr Dr. Schlieben erinnert daran, dass man sich in der Regel dem Wunsch nach Beratungsbedarf einer Fraktion angeschlossen habe.

Frau Halberstadt-Kausch kann nachvollziehen, wenn Beratungsbedarf zu Fragen angemeldet wird, welche sich auf eine Vorlage beziehen. Den Wunsch einer Priorisierung aller Maßnahmen kann sie dagegen nicht nachvollziehen, weil für alle Maßnahmen ein Bedarf angemeldet wurde. Durch eine Grundsatzdiskussion verliere man zu viel Zeit.

Herr Dr. Schlieben lässt daraufhin zunächst über die Zurückstellung und Wiedervorlage der beiden Vorlagen beraten. Die so geänderte Tagesordnung wird mehrheitlich beschlossen (das Abstimmungsergebnis zu den beiden Vorlagen ist unter dem jeweiligen TOP abgebildet).

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0.1 Verpflichtung von sachkundigen Einwohner/innen

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Frühere Anfragen

2.1.1 Mensa-Anbau Hölderlin-Gymnasium
2785/2015

2.1.2 Sachstand Raumluftmessung an der Olympia-Schule, Köln-Widdersdorf
3067/2015

2.2 Neue Anfragen

2.2.1 Dreizügigkeit GGS Diesterwegstraße/ Bauprojekt Diesterwegstraße
(18- 21081- 008)
AN/1500/2015

Dreizügigkeit GGS Diesterwegstraße/Bauprojekt Diesterwegstraße Anfrage
an die Verwaltung nach § 4 der Geschäftsordnung
3107/2015

2.2.2 Zusätzliche Deutsch- und Integrationskurse: Was kann die Kölner VHS tun?
AN/1516/2015

Beantwortung der Piraten-Anfrage AN/1516/2015
Zusätzliche Deutsch- und Integrationskurse
3111/2015

3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für das
Gymnasium Kreuzgasse, Vogelsanger Str. 1, 50672 Köln und Neubau einer
2-fach Turnhalle für das Berufskolleg Weinsbergstr. inklusive zusätzlicher
Funktionsräume für die Außensportanlage
3782/2014

- 4.2 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Neubaus und 4 Sportübungseinheiten für die Bedarfe der Berufskollegs 10, 17, 18 und 19 am Standort Eitorfer Str. 16-22, 50679 Köln (Deutz)
2474/2015
- 4.3 Bedarfsgerechter Ausbau der Integrationskurse für Asylbewerber und Flüchtlinge durch die VHS Köln
2830/2015
- 4.4 Errichtung eines Erweiterungsbaues für Ganzttag sowie Neubau einer Einfachturnhalle des Rheingymnasiums, Düsseldorfer Straße 13, 51063 Köln, -Baubeschluss-
2504/2015
- 4.5 Errichtung eines Neubaus mit Einfachsporthalle für die Friedrich-List-Grundschule, Breitenbachstraße 2, 51149 Köln (Porz-Gremberghoven)
Baubeschluss
2825/2015

5 Mitteilungen

- 5.1 Planungsstand zur Errichtung einer Küche mit Mensa und den erforderlichen Nebenräumen für die offene Ganztagschule (OGTS), sowie den Anbau einer Aufzugsanlage für die Gemeinschaftsgrundschule GGS Ernstbergstr. 1, 50765 Köln (Blumenberg)
1956/2015
- 5.2 Vorabinformation zum 12. Schulrechtsänderungsgesetz
2755/2015
- 5.3 Mitteilung zu Beantwortung der Anfrage AN/1227/2015
Reform der Potenzialanalyse des KAoA - Programms 2695/2015
3083/2015
- 5.4 Planungsstand zum Erweiterungsbau der Kaiserin-Augusta-Schule, Gymnasium, Georgsplatz 10, 50676 Köln
1903/2015
- 5.5 Überprüfung der Deckenkonstruktionen in städtischen Turn- und Sporthallen
3041/2015

6 Anfragen

7 Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Gleichstellungsrelevante Themen

9 Mitteilungen

9.1 Versetzung eines Schulleiters an die Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung Berliner Str. 975 in 51069 Köln-Dünnwald
2728/2015

9.2 Besetzung der Stelle Schulleitung an der GGS Nesselrodestraße 15 in 50735 Köln - Niehl
2852/2015

10 Personalien

10.1 Besetzung der Stelle Schulleitung an der GGS Europaring 51-53 in 51109 Köln-Neubrück
2758/2015

10.2 Besetzung der Stelle Schulleitung an der Montessori-Hauptschule Rochusstr. 145 in Köln-Bickendorf
2878/2015

11 Vorlagen

11.1 Auszahlung von Urlaubsabgeltungen für arbeitnehmerähnliche Lehrende bei der Volkshochschule Köln
2798/2015

12 Anfragen

13 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

0.1 Verpflichtung von sachkundigen Einwohner/innen

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Frühere Anfragen

2.1.1 Mensa-Anbau Hölderlin-Gymnasium 2785/2015

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.2 Sachstand Raumluftmessung an der Olympia-Schule, Köln-Widdersdorf 3067/2015

Frau Heuer zitiert einen Elternbrief der Schulleitung, dass am 15.10.2015 ein Termin zusammen mit allen Beteiligten vor Ort stattfand. Die Werte sind gesunken und wurden vom Gesundheitsamt als „nicht gesundheitsgefährlich“ eingestuft. Es wird eine Pausenlüftung empfohlen. Die Temperatur wurde in allen Räumen um 2 Grad erhöht und wird auch nachts nicht abgesenkt, damit es durch die Pausenlüftung nicht zu kühl wird. Ergebnisse der Ursachenforschung liegen derzeit noch nicht vor.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.2 Neue Anfragen

2.2.1 Dreizügigkeit GGS Diesterwegstraße/ Bauprojekt Diesterwegstraße (18- 21081- 008) AN/1500/2015

Dreizügigkeit GGS Diesterwegstraße/Bauprojekt Diesterwegstraße Anfrage an die Verwaltung nach § 4 der Geschäftsordnung 3107/2015

Frau Stangier, Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, bedankt sich für die umgehende Beantwortung ihrer Anfrage und möchte wissen, ob es eine Interimslösung zur Toilettensituation vor Ort gibt.

Frau Heuer erklärt, dass man vor dem Hintergrund der zeitnahen Lösung des Problems keine kurzfristige Aufstellung eines Toilettencontainers beauftragt habe.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), hält es für unzumutbar, dass Grundschüler über einen weiten Schulhof zur Toilette der Realschule gehen müssen.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), rät davon ab, für geschätzt einen Monat eine Sonderlösung zu beschließen. Sie hofft darauf, dass die Verwaltung bis zum Januar die Toilettenanlagen in den Mobilbauten auch tatsächlich eingebaut hat.

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), regt an, dass man in der Zwischenzeit vor Ort eine begleitende Aufsicht durch eine Zusammenarbeit beider Schulen vor Ort gewährleistet. Die Gebäudewirtschaft müsse jetzt die Priorität auf den unverzüglichen Einbau der Toiletten festlegen.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**2.2.2 Zusätzliche Deutsch- und Integrationskurse:
Was kann die Kölner VHS tun?
AN/1516/2015**

**Beantwortung der Piraten-Anfrage AN/1516/2015
Zusätzliche Deutsch- und Integrationskurse
3111/2015**

Der TOP wird zusammen mit TOP 4.3 behandelt (siehe dort), weil sich beide inhaltlich mit der gleichen Thematik befassen. Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der
Bezirksvertretungen**

4 Vorlagen der Verwaltung

**4.1 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für das
Gymnasium Kreuzgasse, Vogelsanger Str. 1, 50672 Köln und Neubau
einer 2-fach Turnhalle für das Berufskolleg Weinsbergstr. inklusive zu-
sätzlicher Funktionsräume für die Außensportanlage
3782/2014**

Herr Philippi übernimmt die Leitung der Sitzung, da Herr Dr. Schlieben noch zu einem Anschlusstermin muss.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), befürchtet sehr hohe Baukosten, wenn die Kosten für die Planungsphasen I bis III schon 1,013 Millionen Euro betragen. Sie hält es für überflüssig, die Energiestandards zu vergleichen, da bei einem Planungsbeginn ab sofort zwangsläufig die EnEV 2016 angewendet werden müsse.

Frau Heuer fragt nach, ob dieser Einwand als Beschlussvorschlag verstanden werden solle, dass man künftig immer nach dem aktuell gesetzlich vorgeschriebenen Energiestandard bauen solle.

Frau Ruffen möchte dies so nicht generell für bereits laufende Baumaßnahmen verstanden wissen, regt aber an, dies für zukünftig zu planende Baumaßnahmen zu beschließen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, liest in der Vorlage, dass die Verwaltung nicht vertreten möchte, dass die Umkleideräume der bereits vorhandenen Sporthalle von Nutzer/innen der angrenzenden Bezirkssportanlage mit benutzt werden. Das sieht er anders, weil es bisher auch funktioniert habe und eine Doppelnutzung auch zeitlich koordinierbar sein müsse. Deshalb fordert er, dass die Umkleideräume der Bezirkssportanlage nicht erweitert werden sollen und die Erweiterung der Umkleideräume in der Schulturnhalle von den Nutzer/innen der Bezirkssportanlage mit genutzt wird. Das setze voraus, dass ein begründeter Bedarf für mehr Umkleideräume für die Bezirkssportanlage besteht. Auf Bitten von Herrn Philippi sagt er zu, seine Fragen schriftlich zum Protokoll einzureichen.

Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, weist darauf hin, dass ein „unverzögerlicher Beginn der Planung“, wie in der Vorlage gefordert, praktisch nicht möglich ist, weil bei der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln ca. 80 Stellen unbesetzt sind. Das gelte auch für zahlreiche bereits beschlossene Baumaßnahmen. Deshalb bittet er darum, dass die Verwaltung eine Prioritätenliste vorlegt. Im Fall der Schule Danzierstraße habe man geplant und ist erst anschließend zu dem Ergebnis zu kommen, dass die Baumaßnahme mangels Priorität zurückzustellen ist. Unnütze Planung sei mangels Personal nicht vertretbar. Deshalb müsse vor Beginn der Planung festgelegt werden, in welcher Reihenfolge die Bauten umgesetzt werden müssen. Es sei nicht möglich, alles umzusetzen. Bei der Kreuzgasse werde keine Erweiterung geplant. Es werden aber vordringlich neue Schulplätze benötigt. Deshalb müssten zunächst Schulen gebaut werden, an denen neue Klassenräume geschaffen werden.

Herr Philippi erinnert daran, dass sich der Ausschuss schon mehrfach mit der Forderung nach einer Prioritätenliste beschäftigt hat. Eine solche Liste sei nicht unproblematisch, weil die Schulen mit niedriger Priorität genau wissen möchten, warum ihre Schule nicht berücksichtigt wird. Zudem sei zu hinterfragen, warum gerade die Gebäudewirtschaft eine Priorisierung der Maßnahmen vornehmen soll und nicht das Amt für Schulentwicklung. Herr Philippi hält es für problematisch, wenn aktuelle Vorlagen, für die ein nachgewiesener Bedarf besteht, mit grundsätzlichen Überlegungen verknüpft werden und dadurch verzögert werden.

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), sieht es als wichtige Aufgabe des Schulausschusses an, den Schulen mit einem Bedarf zu signalisieren, dass man sich ihrer Probleme annimmt. Niemand werde ernsthaft erwarten, dass Maßnahmen, die im Ausschuss beschlossen wurden, auch unmittelbar umgesetzt werden. Dass man bei der Umsetzung nach Prioritäten vorgehen soll, befürwortet sie. Dabei dürfen laufende Projekte aber nicht zurückgestellt werden, weil dadurch der Eindruck entsteht, dass sich die Politik aus den getroffenen Entscheidungen zurückzieht.

Frau Ruffen sieht die Gefahr, dass weitere Schulen geschlossen werden könnten, wenn man die nötigen Sanierungen nicht beginnt. Neben dem Schaffen neuer Plätze müssten die vorhandenen Plätze auch erhalten werden. Sinnvoll sei ein Überblick über die anstehenden und die bereits laufenden Bauprojekte. Gegebenenfalls muss man Wege finden, diese abzarbeiten, wenn die Verwaltung das nicht mehr alleine schafft.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), hält es für sinnvoll, sich über die Prioritäten beim Schulbau klar zu werden und auch die Grenzen festzulegen, was zum jetzigen Zeitpunkt nicht umgesetzt werden kann. Am Beispiel des Gymnasiums Kreuzgasse werde klar: Die Schule kommt derzeit mehr oder weniger

mit dem Bestand zurecht und es wird aus der Vorlage nicht deutlich, dass hier etwas absolut Notwendiges beschlossen wird. Es gebe dagegen einen Bedarf an Turnhallen, der nachvollziehbar sei.

Frau Dr. Klein widerspricht dem Eindruck, dass die Verwaltung der Politik Bauprojekte vorschläge, welche sie für wünschenswert halte. So habe man ausdrücklich erklärt, dass man derzeit die bauliche Erweiterung des offenen Ganztages im Bereich der Grundschulen finanziell und personell nicht leisten könne. Dagegen gibt es aber die Verpflichtung, die steigenden Zahlen von Schüler/innen versorgen zu können, den Ganzttag, Fachräume und dringend notwendige Turnhallen in den weiterführenden Schulen auf der Grundlage eines vorhandenen Bedarfes zu gewährleisten, der aus den steigenden Einwohnerzahlen resultiert. Daneben müssen marode Schulen saniert werden. In diesem Rahmen sollte man nicht einzelne Schulen gegen andere ausspielen.

Herr Konrads weist zur offenen Frage der Mitnutzung der Umkleiden durch die Nutzer/innen der Bezirkssportanlage darauf hin, dass der Dreck vom Aschenplatz in die Umkleideräume der Halle transportiert werde, was zu einem höheren Abrieb führt. Es muss mehr Reinigungsaufwand betrieben werden und der Boden muss öfters ausgetauscht werden. Auch der Koordinationsaufwand zur Abstimmung der Nutzungszeiten sei sehr hoch.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, hält es schon wegen der Sicherheit und der Diebstahlsgefahr für selbstverständlich, dass eine Umkleide nicht doppelt belegt werden kann.

Herr Thelen erhofft sich aus seiner Nachfrage eine Klärung, aus welchen Gründen eine Doppelnutzung (gemeint war: zeitlich versetzt) nicht möglich sei.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), weist darauf hin, dass man seit langem nicht mehr zwischen Wünschenswertem und Notwendigem unterscheide, sondern nur noch notwendige Maßnahmen zu entscheiden habe. Notwendige Beschlüsse, die bereits vor Jahren gefasst wurden, seien bisher nicht umgesetzt. Es gebe faktisch Prioritäten und man müsse klären, wer diese verantwortet. Deshalb müsse man auch Schulen, deren Maßnahmen zunächst zurück gestellt werden, transparent und nachvollziehbar erklären können, warum diese derzeit nicht umgesetzt werden können.

Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, SPD-Fraktion, stellt auf das Ziel „Gesunde Schule“ ab: Es müsse präventiv sichergestellt werden, dass Schüler/innen gesund aufwachsen können. Dazu gehöre auch Bewegung z.B. in den Turnhallen, auf die man nicht verzichten könne.

Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, hält es für wichtig, dass man die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln in die Lage versetzt, die offenen Stellen schnell zu besetzen. Notfalls müssten Aufträge an externe Büros vergeben werden. Stattdessen die notwendigen Planungen zu reduzieren, sei der falsche Weg. Eine Prioritätenliste fordere Arbeitszeit, weil diese ständig angepasst werden müsste. Die notwendigen Baumaßnahmen sollten beschlossen werden und parallel dazu müsse man dafür sorgen, dass sie auch rasch umgesetzt werden können.

Auch Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, sieht keine Möglichkeit mehr, die notwendigen Maßnahmen durch Priorisierung zu kürzen. Die Diskussion über Prioritäten könne auch zu dem Schluss führen, dass tatsächlich alle Maßnahmen auch notwendig sind.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), bittet um eine Übersicht, die alle Planungs- und Baubeschlüsse mit ihrem aktuellen Sachstand und einer zeitlichen Planung auflistet.

Frau Dr. Klein erklärt, dass es sehr schwierig sei, einzelne Maßnahmen zu Gunsten anderer zurückzuweisen. Die sich ständig verändernde Stadt zwingt die Verwaltung, auf ständig wechselnde Anforderungen und Problematiken zu reagieren, weil sie dazu verpflichtet sei. Deshalb benötige man eine handlungsfähige Gebäudewirtschaft. Diese wurde bereits in mehreren Bereichen entlastet, wie etwa durch Fremdvergabe bei der Planung neuer Kindertagesstätten oder durch den Verzicht, das Ganztagsprogramm (OGTS) nochmals auszubauen. Frau Dr. Klein bietet an, dass die Verwaltung für alle Baumaßnahmen die Zeit-/Maßnahmenpläne zur Verfügung stellt.

Frau Volmer, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, erklärt, dass man zwar im Internet die Projektdatenblätter aller Bauprojekte der Gebäudewirtschaft einsehen könne, doch gebe es dort keine Liste aller Bauprojekte.

Herr Dr. Zimmermann erinnert daran, dass die Politik bereits in der Vergangenheit eine Liste über den aktuellen Planungsstand aller Bauprojekte gewünscht habe.

Frau Volmer antwortet, dass man schon damals erklärt habe, dass jedes beschlossene Projekt über das Projektdatenblatt im Internet aufgerufen werden könne, aber nicht in Form einer Gesamtliste.

Beschluss:

Die Vorlage wird wegen Beratungsbedarf zurückgestellt zur Wiedervorlage im nächsten Sitzungslauf.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Fraktion die Linke gegen die Stimmen der SPD-Fraktion mehrheitlich beschlossen.

4.2 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Neubaus und 4 Sportübungseinheiten für die Bedarfe der Berufskollegs 10, 17, 18 und 19 am Standort Eitorfer Str. 16-22, 50679 Köln (Deutz) 2474/2015

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung eines Neu-/Erweiterungsbaus sowie 4 Sportübungseinheiten für die Berufskollegs 10, 17, 18 und 19 am Standort Eitorfer Str. 16 - 22, 50679 Köln (Deutz) nach gesicherter Finanzierung.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und die Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der Raumliste aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen (Anlage 1).

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf rd. 2.000.000 €.

Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten werden voraussichtlich 2016 ergebniswirksam und sind im Haushaltsplan 2016 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zu berücksichtigen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Bedarfsgerechter Ausbau der Integrationskurse für Asylbewerber und Flüchtlinge durch die VHS Köln
2830/2015**

Frau Gerlach, sachkundige Einwohnerin (Die Piraten), begrüßt es, dass die Stadt Köln ein Konzept erarbeitet hat und fragt nach, ob es der VHS Köln möglich sei, online Sprachkurse in Form von Handy-Apps unterstützend zu den Kursen anzubieten und welche dies ggfs. sind. Außerdem regt sie an, entsprechende Online-Sprachkurse den Flüchtlingen zugänglich zu machen.

Herr Schüller, Amt für Weiterbildung, ist darüber erfreut, dass der Bund die Integrationskurse (Deutsch-Kurse) für Flüchtlinge und Integrationswillige öffnet. So können auch Menschen im Asylverfahren erreicht werden, die auf eine berufliche Perspektive warten. Die Kosten für die Teilnahme an einem Integrationskurse werden bei neu eingewanderten Migrantinnen und Migranten und bei schon länger in Deutschland lebenden Zuwanderern und EU-Bürgern vom BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) übernommen. Daneben gibt es normale Deutsch-Kurse, bei denen die Teilnehmenden ihre Beiträge selber zahlen. Online-Lernen sei stark im Bereich der beruflichen Bildung verbreitet. Im Zusammenhang mit Deutsch-Kursen sieht die VHS Köln aus konzeptionell-inhaltlichen Gründen davon ab, weil der persönliche Kontakt mit der Zielgruppe im Vordergrund stehe, um die sozialen Hintergründe mit berücksichtigen zu können. Die Stadt Köln möchte aber grundsätzlich eine App für Asylbewerber und Geduldete aufbauen, über welche die Bildungsangebote abgerufen werden können. Die VHS ist daran beteiligt.

Frau Gerlach möchte erreichen, dass man die zahlreichen guten interaktiven Online-Angebote sieht, um ein zusätzliches ergänzendes Angebot zur Verbesserung des Lernerfolges zu schaffen.

Herr Schüller verweist in diesem Zusammenhang auf das Bildungsportal des deutschen Volkshochschulverbandes (DVV) „www.ich-will-deutsch-lernen.de“, das über das Internet zur Alphabetisierung und für Deutsch als Fremdsprache nutzbar ist.

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), fragt, ob die TAS zu diesem Thema Angebote für unbegleitete Jugendliche bereithält.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass ebenso wie die VHS auch die TAS in diesem Bereich tätig ist. Einzelheiten dazu könne man im Rahmen des Termins vor Ort darstellen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, ob die 4 neuen zunächst vom Bund finanzierten Stellen befristet sind.

Herr Schüller schildert, dass die Zulassung zur Durchführung von Integrationskursen maximal bis 2017 zeitlich begrenzt ist. Entsprechend werden die Verträge befristet.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), vermisst in der Vorlage eine Aussage zu den räumlichen Ressourcen.

Herr Schüller antwortet, dass die Ausweitung der Integrationskurse in den vorhandenen Raumkapazitäten, z.B. im Handwerkerhof in Chorweiler, möglich ist.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, schlägt vor, dass man eine Liste von 3 bis 5 Apps erstellt, die den Flüchtlingen zur Nutzung vorgeschlagen werden. Für die Nutzung dieser Apps könnten diese dann den iTunes-Beleg zur Erstattung bei der Stadt Köln einreichen.

Herr Schüller sagt zu, dass man die Apps nach den Qualitätskriterien des BAMF prüfen wird. Dabei müssen sowohl die Lehrenden als auch das Curriculum bestimmte Voraussetzungen erfüllen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung in Ergänzung des Ratsbeschlusses vom 04.04.2006 mit der Erweiterung der Integrationskurse gemäß dem ständig wachsenden Bedarf. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass der seitens des Bundes beabsichtigten Öffnung der Integrationskurse für Asylbewerber und Flüchtlinge (Geduldete) kurzfristig Rechnung getragen werden kann.

Zur Gewährleistung der Aufgabenwahrnehmung des seit 2005 kontinuierlich um mehr als das Dreifache gestiegenen Aufwandes und für die weiterhin erforderliche Ausweitung für Asylbewerber und Flüchtlinge beschließt der Rat zum Stellenplan 2016 die Einrichtung von Mehrstellen in folgendem Umfang:

0,5 pädagogischer Mitarbeiter VGr. II, FGr. 1a BAT (EG 13 TVÖD)

1 Stelle VA VGr. III/II, FGr. 1a/1e BAT (EG 12 TVÖD)

1 Stelle VA VGr. V b, FGr. 1a BAT (EG 9 TVÖD)

0,5 Stelle VA VGr. VI b, FGr. 1a BAT (EG 6 TVÖD)

1 Sozialarbeiter/ -pädagogin S 12 TVÖD

Da die Stellenbesetzung vor Inkrafttreten des Stellenplans 2016 vorgesehen ist, wird unterjährig eine verwaltungsinterne Verrechnung im Stellenplan bereitgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, eine umgehende Besetzung der Stellen zu ermöglichen.

Durch die Öffnung der Integrationskurse werden ab dem Jahr 2016 Aufwendungen in Höhe von rd. 492.500,- € im Teilergebnisplan 0414 – Volkshochschule entstehen. Demgegenüber stehen die teilnehmergebundenen Entgelte vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge i.H.v. 341.240,- €. Es entsteht zunächst ein Mehrbedarf i.H.v. 88.260,- €, der sich jedoch aufgrund der zu erwartenden weiteren Erhöhung des Erstattungsbetrages pro Teilnehmer-Unterrichtsstunde von 0,66 € durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) um insgesamt 71.280,-€ reduzieren wird.

Die entsprechenden Aufwendungen und Erträge werden im Haushaltsplan 2016 ff. veranschlagt.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.4 Errichtung eines Erweiterungsbaues für Ganzttag sowie Neubau einer Einfachturnhalle des Rheingymnasiums, Düsseldorfer Straße 13, 51063 Köln, -Baubeschluss- 2504/2015

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, bittet um Aufklärung über die Risikozuschläge bei den unterschiedlichen EnEV-Standards. Zum EnEV 2009 sind die Zahlen in der Vorlage mit Risikozuschlag ausgewiesen, während sie zur EnEV 2014 ohne Risikozuschlag aufgeführt sind. Daneben gibt es noch den Passivhausstandard mit und ohne Risikozuschlag.

Frau Volmer, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, erklärt, dass das leicht zu überlesen ist: Der Erweiterungsbau für den Ganzttag ist nach EnEV 2014 berechnet und die Turnhalle ist nach dem EnEV-Standard 2009 geplant. Der Unterschied zwischen beiden Alternativen besteht in dem Risikozuschlag.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), hält eine Einfachturnhalle für ein Gymnasium zu gering dimensioniert, zumal die Vereinsnutzung einer solchen Halle nur sehr eingeschränkt möglich ist. Die Reduzierung der Duschen von 6 auf 2 Stück hat bei einer Bausumme von 6,6 Millionen Euro eine Einsparung von lediglich 40.000 Euro erbracht. Diese Einsparung sei nicht vorausschauend und nicht verhältnismäßig.

Frau Dr. Klein gibt zu bedenken, dass der Bau von Schulturnhallen wegen des begrenzten Finanzrahmens auf der Grundlage des schulischen Bedarfes genau berechnet wird. Das Gymnasium besitze bereits andere Turnhallenkapazitäten, sodass die Erweiterung ergänzend hinzukommt. Auch die Prüfung der erforderlichen Duscheinheiten ist erfolgt: 2 Duschen sind für den schulischen Bedarf ausreichend.

Frau Ruffen wendet ein, dass sich der Bedarf in der Regel bis zur Fertigstellung der Maßnahme erheblich ändern kann. Sie plädiert dafür, Sporthallen grundsätzlich so auszustatten, dass sie von allen und für alles nutzbar sind. Dies sei mit Einfachsporthallen nicht der Fall.

Frau Halberstadt-Kausch, SPD-Fraktion, weiß, dass an der Schule bereits eine Sporthalle steht, die auch von der Grundschule mitbenutzt wird, aber mittlerweile zu klein ist, sodass eine zusätzliche Sporthalle erforderlich wurde. Bereits der Bau der vorhandenen Sporthalle war sehr schwierig wegen des sehr engen Grundstückes.

Herr Brust, Bündnis 90/Die Grünen, weist auf Widersprüche in der Vorlage hin, um deren Klärung er bis zur Sitzung des Bauausschusses bittet. So sei der Energiestandard anscheinend zwei Mal umgeplant worden: Von einer Planung im Passivhausstandard habe man zurück auf EnEV-Standard gewechselt. In der Vorlage wird mitgeteilt, dass der Bau nach EnEV-Standard 110.000 Euro billiger sei. Auf Seite 5 der Anlage 1 werden dagegen für den Passivhausstandard bei der Mensa Kosten in Höhe von 3 Millionen Euro und für den Bau nach EnEV-Standard 3,1 Millionen Euro ausgewiesen. Bei der Turnhalle sei der Passivhausstandard 11.000 Euro teurer, sodass der Passivhausstandard danach unterm Strich billiger ist, wenn man davon ausgeht, dass die Berechnung in Anlage 1 stimmt, die aber im Widerspruch zu den Zahlen in der Vorlage steht. Bei dem Kostenvergleich am Schluss der Unterlagen findet man eine dritte Berechnung, die dann für den Passivhausstandard 8 % höhere Kosten als bei einem Bau nach EnEV-Standard ausweist, was aber nicht zu den anderen Zahlen passt. Während auf Seite 5 der Anlage 1 davon gesprochen wird, dass im Passivhausstandard gebaut wird, schlägt die Vorlage selbst im Beschlusstext vor, nach

EnEV-Standard zu bauen. Hier sollte geklärt werden, welche Zahlen stimmen. Herr Brust geht davon aus, dass die Anlagen vor mehreren Jahren gefertigt wurden und veraltet sind. Wenn dies zutrifft, so sollte man die veralteten Berechnungen nicht mehr vorlegen, weil sie nur verwirren. Zum Terminplan findet man in Anlage 1 auf Seite 5 als vorgesehenen Baubeginn nach Passivhausstandard den Dezember 2016 und bei Bau nach EnEV 2017. Er möchte wissen, warum man bei Bau nach EnEV-Standard später mit dem Bau beginnen möchte. Wenn das so wäre und ein Bau nach EnEV-Standard auch noch teurer ist, sei der Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht nachvollziehbar. Die vorgelegte Energiecheckliste stammt aus dem Jahr 2011 und ist damit veraltet. Darin wird z.B. erwähnt, dass ab 2012 auf Fernwärme umgestellt werden kann. Herr Brust fragt, ob 2012 auf Fernwärme umgestellt wurde oder ob zumindest der Neubau an die Fernwärme angeschlossen wird. Die Photovoltaikanlage ist nach der Energiecheckliste unwirtschaftlich. Außerdem wolle man eventuell die Mensa aufstocken. Herr Brust möchte dazu wissen, ob aktuell noch geplant sei, die Mensa aufzustocken oder ob stattdessen mittlerweile nichts mehr gegen einen Bau der Photovoltaikanlage spreche. Grundsätzlich seien Photovoltaikanlagen mittlerweile wirtschaftlicher als eingekaufter Strom.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, bittet darum, diese speziellen Fragen zum Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zu stellen. Zur Frage, ob grundsätzlich eher Mehrfachturnhallen gebaut werden sollten, gibt er zu bedenken, dass alle kleineren Gemeinden im Umland grundsätzlich nur noch Einfachturnhallen bauen, weil Mehrfachturnhallen sehr kostenintensiv seien und der reguläre Schulsport in Einfachturnhallen durchgeführt werden kann.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, widerspricht dem aus ihrer persönlichen Erfahrung. Mit 30 Schüler/innen könne in einer Einfachturnhalle unabhängig von der Altersstufe kein ordentlicher Sportunterricht durchgeführt werden, weil es zu eng sei.

Frau Dr. Klein stellt klar, dass die Stadt Köln nicht nur Einfachturnhallen, sondern auch den Bau von Mehrfachturnhallen plant. Dem Ausschuss wurden bereits eine Reihe entsprechender Planungen zur Beschlussfassung vorgelegt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu entscheiden:

„Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Errichtung eines Erweiterungsbaus für den Ganztags nach EnEV 2014 sowie einer Einfachturnhalle des Rheingymnasiums, Düsseldorfer Straße 13 nach EnEV 2009 mit Gesamtkosten in Höhe von brutto ca. 6.600.350,- € (Gesamtbaukosten 6.444.350,- € und 156.000 € Einrichtungskosten) und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag in Höhe von 7 %. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren-

de Spartenmiete (inkl. Nebenkosten und Reinigung) in Höhe von voraussichtlich insgesamt rd. 195.783,00 € ist ab 2018 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand, zu veranschlagen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.5 Errichtung eines Neubaus mit Einfachsporthalle für die Friedrich-List-Grundschule, Breitenbachstraße 2, 51149 Köln (Porz-Gremberghoven)
Baubeschluss
2825/2015**

Beschluss:

Die Vorlage wird vor Eintritt in die Tagesordnung wegen Beratungsbedarf zurückgestellt zur Wiedervorlage im nächsten Sitzungslauf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5 Mitteilungen

**5.1 Planungsstand zur Errichtung einer Küche mit Mensa und den erforderlichen Nebenräumen für die offene Ganztagschule (OGTS), sowie den Anbau einer Aufzugsanlage für die Gemeinschaftsgrundschule GGS Ernstbergstr. 1, 50765 Köln (Blumenberg)
1956/2015**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.2 Vorabinformation zum 12. Schulrechtsänderungsgesetz
2755/2015**

Herr Philippi, SPD-Fraktion, schlägt vor, dass die schulpolitischen Sprecher/innen der Fraktionen sich auf der Grundlage der neuen Rechtslage vor der nächsten Ausschusssitzung zu einem gemeinsamen Termin zusammen finden, um über das weitere Vorgehen bei Schulleitungsbesetzungen ab dem nächsten Jahr zu beraten.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.3 Mitteilung zu Beantwortung der Anfrage AN/1227/2015
Reform der Potenzialanalyse des KAoA - Programms 2695/2015
3083/2015**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, würde sich einen Farbausdruck der Vorlage wünschen.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass die farbige Variante im Internet abrufbar ist.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.4 Planungsstand zum Erweiterungsbau der Kaiserin-Augusta-Schule, Gymnasium, Georgsplatz 10, 50676 Köln 1903/2015

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, fragt, ob der nicht in der Vorlage erwähnte Behelfsbau errichtet wird.

Frau Dr. Klein erklärt, dass die mobil zu errichtende Fertigturnhalle wie besprochen aufgebaut wird und allen Standards für Turnhallen entspricht.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.5 Überprüfung der Deckenkonstruktionen in städtischen Turn- und Sporthallen 3041/2015

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, würde es begrüßen, wenn zumindest einige der 21 Hallen wieder ertüchtigt und bereitgestellt werden könnten, um ein Mindestmaß an Sport zu ermöglichen. Er befürchtet, dass die angekündigten Termine zur Sanierung in den Oster- und Sommerferien des kommenden Jahres nicht gehalten werden können, weil die Fachfirmen schon ausgebucht sein werden.

Frau Volmer, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, antwortet, dass eine mögliche Zwischennutzung der betroffenen 21 Turnhallen davon abhängig ist, ob die Lampen mit der Decke verbunden sind und funktionieren. Es könne derzeit nicht sichergestellt werden, dass tatsächlich alle Hallen in den Ferien saniert werden können. Man werde deshalb vornehmlich versuchen, nutzbare Hallen vorzuhalten.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

Herr Baentsch, sachkundiger Einwohner (Alternative für Deutschland), erinnert an die **Beantwortung seiner Anfragen** vom 24.11.2014 zum Thema Inklusion und vom 09.03.2015 zum Thema KiTa-Pflicht.

Frau Dr. Klein antwortet, dass sich die erste Anfrage auf persönliche Äußerungen von ihr beziehe. Sie wird dazu keine weiteren Stellungnahmen abgeben, weil sie bei ihrer geäußerten Meinung bleibe. Der zweite Teil der Anfrage sei eher ein Statement als eine Frage und sei daher von der Verwaltung nicht weiter zu kommentieren.

Herr Baentsch nimmt dies unter Protest zur Kenntnis.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, fragt zur **Toilettensituation an der Grundschule in der Loreleystraße**: Welche Maßnahmen hat die Verwaltung hier geplant?

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hat erfahren, dass das **Erich-Kästner-Gymnasium mit Flüchtlingen aus der Nachbarschaft und der Institution Ökobau** zusammenarbeiten möchte. Die Verwaltung habe in diesem Zusammenhang gefordert, dass die Flüchtlinge nur zu den Veranstaltungen oder in die Schulgebäude kommen dürften, wenn sie sich einer Gesundheitsuntersuchung unterzogen hätten. Er möchte wissen, ob man darauf Einfluss nehmen könne und ob die Flüchtlinge zumindest an Unterricht teilnehmen dürften, der keine umfangreichen Deutschkenntnisse erfordert, wie etwa Sportunterricht. Die Schulleitung habe ihn in dieser Frage an den Schulträger verwiesen.

Frau Heuer widerspricht der Meinung, dass der Schulträger zuständig sei: Die Gesundheitsuntersuchung ist bundesgesetzlich vorgeschrieben und wird durch das Gesundheitsamt durchgeführt. Sie bittet um Verständnis dafür, dass die Schulverwaltung diese Frage aus personellen Gründen nicht klären könne. Die Teilnahme am Unterricht liegt in der Entscheidung der Bezirksregierung. Der Schulleiter muss die Verantwortung dafür übernehmen.

Zur vorangegangenen Sitzung fragt **Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**, nach, ob das Gespräch zum **Grundschulverbund Vogelsanger Straße** stattgefunden hat und welches Ergebnis dabei herausgekommen ist.

Frau Dr. Klein antwortet, dass das Gespräch mit allen Beteiligten im gemeinsamen Einvernehmen stattgefunden hat.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erinnert an seine Nachfrage aus der letzten Sitzung zur **Terminierung der Anmeldungen zur Sekundarstufe II**.

Frau Heuer stellt dar, dass durch die Anmeldung über schueler-online eine deutliche administrative Zeitersparnis erreicht werden konnte, was mehr Zeit für die Bildungsberatung ermöglicht. Doppelanmeldungen lassen sich auf diesem Wege verhindern. Es gebe aber Wiederholungsoptionen, um sich anzumelden.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), ergänzt, dass Anmeldungen verpflichtend immer nur mit persönlicher Beratung an der Schule stattfinden dürfen, da sie sonst nicht angenommen werden.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, bezieht sich auf die Berichterstattung zu Verzögerungen beim **Bau der Mensa an der OGTS GGS Leuchter Straße** in Dünwald und bittet um einen Sachstandsbericht, der klarstellt, wann mit der Fertigstellung der Mensa zu rechnen ist.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, möchte wissen, wie die **Belegung der Sporthalle an der Peter-Ustinov-Schule** erfolgen soll. Zu den Sportleistungskursen an der Sekundarstufe II hat er von Herrn Lambert von der Bezirksregierung erfahren, dass die Sportzeiten in den Turnhallen anders als in der vergangenen Sitzung behauptet gleichmäßig auf alle Schulen aufgeteilt werden müssen und die Curricula im Sport entsprechend angepasst werden müssten.

Frau Heuer antwortet, dass kurzfristig 4 weitere Hallen zur Disposition für die Unterbringung von Flüchtlingen stehen (Niehler Kirchweg, Albert-Schweitzer-Str. in Porz und zwei weitere). Es werde aber definitiv versucht, dass man die Hallen bis zum Ende des Jahres wieder für den Sport nutzen kann. In Bezug auf Köln wurde intern

mit der Bezirksregierung vereinbart, dass die Schulen mit Sport-Leistungskursen ausgenommen werden von der Belegung, woran sich auch das Amt für Wohnungswesen hält. Das Schreiben des Staatssekretärs, dass alle Schulen im gleichen Umfang belastet werden müssen, wird von einer Mitarbeiterin beim Amt für Schulentwicklung in Zusammenarbeit mit den Bürgerämtern vor Ort mit den Schulen umgesetzt.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), erinnert an eine Anfrage zu den **Anmeldezahlen in den Sekundarstufen I und II** (Anmeldungen, Aufnahmen und Ablehnungen).

Frau Dr. Klein sagt die Vorlage entsprechender Zahlen zur nächsten Sitzung zu.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, fragt, wann die geplante **Flüchtlingsunterkunft auf dem Gelände des Schulzentrums Ostheim** fertiggestellt wird und für wie lange diese Unterkunft dort geplant ist.

Frau Heuer antwortet, dass es sich hierbei um ein Modellprojekt in Leichtbauweise handelt, das in absehbarer Zeit fertig gestellt wird und als Interimsunterbringung auf längere Zeit -für mindestens 2 Jahre- angelegt ist. Diese Bauweise soll später auch an 4 weiteren Standorten in Köln zur Anwendung kommen.

Frau Gerlach, sachkundige Einwohnerin (Die Piraten), fragt nach, in welchen Zeiträumen die betroffenen Schulleitungen informiert werden.

Frau Heuer sagt dazu, dass die Schulleitungen jeweils unverzüglich per E-Mail oder telefonisch informiert werden, wenn ein Standort von der Task Force festgelegt wird. Es gibt aber keine Beteiligung am Entscheidungsprozess.

Frau Gerlach, sachkundige Einwohnerin (Die Piraten), erinnert an eine **Anfrage** vom 02.06.2015 zum **Breitbandausbau** und an eine Anfrage zur **Schulwege-App**, sowie an eine **Anfrage zur digitalen Ausstattung der Schulen und Inventarisierung** der digitalen Bestände.

Frau Heuer erklärt dazu, dass die Anfragen der Piraten in der Regel sehr viel Recherche und Aufwand erfordern und auf Grund mangelnder personeller Kapazitäten nicht kurzfristig zu beantworten sind. Insbesondere das aufwändige Thema der Inventarisierung kann derzeit noch nicht beantwortet werden. Sie hört aber nach den Sachständen zur Beantwortung der anderen Fragen nach.

7 Verschiedenes

Frau Heuer erklärt zur Anfrage aus der vergangenen Sitzung von Herrn Wirth, sachkundiger Einwohner (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), zu abweichenden Anmeldezahlen, dass einige Schulen bereits das explizite Interesse von Eltern an der Aufnahme an einer Schule als Anmeldung definierten und weitergaben. Die statistischen und von der Verwaltung veröffentlichten Anmeldezahlen berücksichtigen dagegen nur tatsächlich aufgenommene Schüler/innen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, weist darauf hin, dass die Terminierung eines Ausschusses direkt im Anschluss an die Ferien in Bezug auf eine Vorbesprechung in der Fraktion zu erheblichen Schwierigkeiten führt und bittet um Weiterleitung an das Büro OB, dass man künftig keine Sitzungen mehr im direkten Anschluss an die Ferien festlegen möge.

Köln, den 03.11.2015

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Philippi

stellv. Vorsitzender

Bernecker

Schriftführer